

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

55. Ministerrat

14. April 2021

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 25. März 2021, mit dem ein Beschluss vom 18. März 2021 betreffend „Datenübermittlung im Erneuerbaren Ausbaugesetz des Bundes ermöglichen“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 31. März 2021, mit dem ein Beschluss vom 25. Februar 2021 betreffend „rechtzeitig regionale und überregionale Maßnahmen gegen den drohenden Blackout setzen“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Bürgermeisters von Steyr vom 1. April 2021, mit dem eine Resolution vom 18. März 2021 betreffend „Rasche und sichere Impfung der Bevölkerung!“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Bürgermeisters von Marchtrenk vom 30. März 2021, mit dem eine Resolution vom 25. März 2021 betreffend „Pflegeausbildung attraktivieren und Unterstützung Pflege daheim“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Bürgermeisters von Werfen vom 31. März 2021, mit dem eine Resolution vom 14. Dezember 2020 betreffend „finanzielle Unterstützung für die Städte und Gemeinden“ vorgelegt wird.
6. Schreiben von drei Gemeinden (Neudörfel, Leopoldsdorf im Marchfelde, Frauental), mit denen Resolutionen betreffend „Aktion 40.000 – Arbeitsplätze, Chancen, Zuversicht“ vorgelegt werden.
7. 338/E-BR/2021 vom 30. März 2021 betreffend „weitere Entlastungen für Mieterinnen und Mieter im Rahmen der COVID-19-Krise“ (Wortlaut siehe Beilage).
8. 339/E-BR/2021 vom 30. März 2021 betreffend „Sicherung des Erhalts der Unabhängigkeit, der Unparteilichkeit sowie Objektivität der Ziviltechniker“ (Wortlaut siehe Beilage).
9. 344/E-BR/2021 vom 30. März 2021 betreffend „Prolongierung des Impfchaos vermeiden – Abschaffung des Kostendeckels bei der Beschaffung von Impfstoffen“ (Wortlaut siehe Beilage).
10. 345/E-BR/2021 vom 30. März 2021 betreffend „Entlassung des Bundesministers für Finanzen Gernot Blümel“ (Wortlaut siehe Beilage).
11. 346/E-BR/2021 vom 30. März 2021 betreffend „keine Nova-Erhöhung“ (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Bundesrates vom 30. März 2021 betreffend weitere Entlastungen für Mieterinnen und Mieter im Rahmen der COVID-19-Krise

angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 24. März 2021 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem zur Linderung der Folgen der COVID-19-Pandemie bei den Wohnkosten das Mietrechtsgesetz und das Richtwertgesetz geändert werden (Mietzinsrechtliches Pandemiefolgenlinderungsgesetz – MPFLG) (1368/A und 685 d.B. sowie 10585/BR d.B.)

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Justiz, wird aufgefordert, dem Nationalrat und dem Bundesrat baldigst eine Regierungsvorlage vorzulegen, die rasch auf die dringendsten Probleme der Mieterinnen und Mieter im Rahmen der COVID-19-Pandemie eingeht und insbesondere folgende Maßnahmen vorsieht:

- eine weitere Fristverlängerung bei Mietstundungen,
- die Schaffung eines Mietausfallfonds zur Unterstützung von in Not geratenen Mieterinnen und Mieter durch die COVID-19-Pandemie,
- im Jahr 2021 auslaufende befristete Mietverträge können auf Wunsch des Mieters um ein Jahr verlängert werden. “

EntschlieÙung

des Bundesrates vom 30. März 2021 betreffend Sicherung des Erhalts der Unabhängigkeit, der Unparteilichkeit sowie Objektivität der Ziviltechniker

angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 24. März 2021 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Ziviltechnikergesetz 2019 geändert wird (686 d.B. und 715 d.B. sowie 10592/BR d.B.)

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, mit der sichergestellt wird, dass an Ziviltechnikergesellschaften bzw. an interdisziplinären Gesellschaften Ziviltechniker mit mehr als 50 % beteiligt sein müssen, und dass Siegelführung bzw. Urkundentätigkeit ausschließlich Ziviltechnikern bzw. Ziviltechnikergesellschaften vorbehalten wird.“

EntschlieÙung

des Bundesrates vom 30. März 2021 betreffend Prolongierung des Impfchaos vermeiden - Abschaffung des Kostendeckels bei der Beschaffung von Impfstoffen

angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 25. März 2021 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-MaÙnahmegesetz geändert werden (1324/A und 757 d.B. sowie 10577/BR d.B. und 10603/BR d.B.)

„Der Bundeskanzler wird aufgefordert umgehend im Rahmen eines neuen Ministerratsbeschlusses festzulegen, dass für die Beschaffung von Impfstoffen gegen Covid-19 keine Kostenobergrenze mehr zur Anwendung kommt.“

345/E-BR/2021 – EntschlieÙung

EntschlieÙung

**des Bundesrates vom 30. März 2021 betreffend Entlassung des
Bundesministers für Finanzen Gernot Blümel**

**angenommen anlässlich der Debatte über die dringliche Anfrage an den
Bundeskanzler betreffend „Der Kanzler im Korruptionssumpf“ (3870/J-BR/2021)**

„Der Bundeskanzler wird aufgefordert, im Interesse Österreichs, dem Bundespräsidenten vorzuschlagen, den Bundesminister für Finanzen, Mag. Gernot Blümel, zu entlassen und durch eine geeignete Persönlichkeit zu ersetzen.“

346/E-BR/2021 – EntschlieÙung

EntschlieÙung

des Bundesrates vom 30. März 2021 betreffend keine Nova-Erhöhung

angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 25. März 2021 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das BundesstraÙen-Mautgesetz 2002 geändert wird (683 d.B. und 722 d.B. sowie 10598/BR d.B.)

„Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Technologie, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie werden aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, mit der die am 19. Dezember 2020 beschlossene Erhöhung der Normverbrauchsabgabe (NoVa) rückgängig gemacht wird, sowie dass bei einer allfälligen Neuregelung soziale Kriterien berücksichtigt werden.“